„Brauchen für mehr Kooperation keine Kreisgebietsreform“

Am 4. September soll die zweite Gebietsreform nach 1994 umgesetzt werden. Die LN sprachen über den aktuellen Stand der Verhandlungen mit Nordwestmecklenburgs Landrätin Birgit Hesse und Wismars Bürgermeister Thomas Beyer.



Von Peter Preuß

Wismar – Die Kreisgebietsreform ist beschlossene Sache. Das hat der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern so gewollt. Die Hansestadt Wismar als eigenständige Verwaltungseinheit soll zusammen mit Nordwestmecklenburg zu einem Großkreis zusammenwachsen. Wie das geschehen soll und was dafür in den nächsten Monaten getan werden muss, darüber sprachen die Lübecker Nachrichten mit Wismars Bürgermeister Thomas Beyer (SPD) und Landrätin Birgit Hesse (SPD).



Der künftige Sitz der neuen Landrätin oder des Landrates: Das Katasteramt in der Rostocker Straße in Wismar. Fotos: Preuß, Prochnow, Kettler

Lübecker Nachrichten: *Freuen Sie sich schon auf den neuen Landkreis?*
Thomas Beyer: Ich freue mich nicht über das Gesetz, aber ich freue mich schon, wenn es uns gelingt, noch mehr zu kooperieren. Das wäre aber auch ohne das Gesetz möglich.
Birgit Hesse: Der zurückliegende Verhandlungsprozess hat mir den neuen Kreis schmackhaft gemacht, insbesondere die entstehende enge Zusammenarbeit mit Wismar.

LN: *Was ändert sich für die Bürgerinnen und Bürger der Hansestadt und des Landkreises Nordwestmecklenburg?*
Beyer: Es ändern sich Zuständigkeiten und gegebenenfalls Ansprechpartner in einigen Bereichen. Außerdem wird Wismar mit einer Reihe von Aufgaben auch einen großen Teil seiner Einnahmen als Kreisumlage abgeben.
Hesse: Wir haben einen neuen größeren Kreis mit einer neuen Kreisstadt.

LN: *Was ist denn so schlimm an der Kreisgebietsreform?*
Hesse: Kritisch ist anzumerken, dass es sich bei der Kreisgebietsreform um einen isolierten Neuzuschnitt von Kreisen handelt, ohne dass nennenswerte Aufgaben neu zugeordnet werden. Das Land hätte sich Gedanken machen müssen, wer kann welche Aufgaben am besten erfüllen und hätte dabei alle Ebenen betrachten müssen. Die jetzige Aufgabenübertragung vom Land auf den Landkreis ist ein Feigenblatt. So ist zum Beispiel die Übertragung der Überwachungsaufgaben über die Deponie Ihlenberg nicht sinnvoll.
Beyer: Die Hansestadt Wismar hat in der Vergangenheit für ihre Bürger und die Wirtschaft gute Arbeit geleistet. Es gibt daher keine plausible Begründung dafür, ihr Aufgaben und Kompetenzen zu entziehen. Das Argument der angeblichen Einsparungen durch die Kreisgebietsreform ist außerdem in der prognostizierten Höhe unrealistisch und nicht nachvollziehbar.

LN: *Trotzdem müssen Sie aber die Aufgabe lösen. Wie weit sind Sie?*
Beyer: Die beiden Argen sind bereits zu einem Jobcenter NWM/HWI zusammengeführt. Bezüglich der Ausländerbehörde stehen wir kurz vor Vertragsabschluss. Standortfragen sind zu einem Großteil geklärt. Und wir haben uns auf die Grundsätze des Personalübergangs geeinigt.
Hesse: Den oben genannten Ergebnissen sind lange Verhandlungsrunden vorausgegangen, die von beiden Seiten sachlich und konstruktiv geführt worden sind.

LN: *Der Kreissitz ist Wismar. Bleibt der Bürgermeister im Rathaus oder zieht dort die neue Landrätin oder der neue Landrat ein?*
Hesse: Ich finde das Rathaus sehr schön und würde dort auch gerne arbeiten, doch das wird Bürgermeister Beyer nicht zulassen. Denn er bleibt im Amt und wird auch nicht neu gewählt. Angedacht ist der Sitz der Landrätin oder des Landrates sowie von Teilen der Verwaltung im jetzigen Katasteramt in der Rostocker Straße und in zwei weiteren Gebäuden in der Dr.-Leber-Straße. Das Gesundheitsamt ist vom Umzug nicht betroffen.

LN: *Wer oder was wird am 4. September gewählt?*
Beyer: Zum einen der Landtag Mecklenburg-Vorpommern. Wichtig ist vor allem, dass die Wismarer erstmalig mit den Nordwestmecklenburgern zusammen einen Kreistag und eine Landrätin beziehungsweise einen Landrat zu wählen haben. Außerdem wird über den Namen des neuen Kreises abgestimmt.



Ich freue mich nicht über das Gesetz, aber ich freue mich schon, wenn es uns gelingt, noch mehr zu kooperieren. Das wäre aber auch ohne das Gesetz möglich. Es gibt keine plausible Begründung dafür, der Stadt Aufgaben und Kompetenzen zu entziehen.“

Wismars Bürgermeister Thomas Beyer

LN: Herr Beyer, Glauben Sie wirklich daran, dass das Landesverfassungsgericht das Gesetz zur Kreisgebietsreform noch kippen wird?
Beyer: Wenn das Verfassungsgericht schon vier Verhandlungstage ansetzt, zeigt das, dass es die Klagen – es sind ja immerhin acht Städte und Kreise, die klagen – sehr ernst nimmt. Außerdem merken wir gerade jetzt während der Verhandlungen, wie viel Schwächen das Gesetz hat.

LN: *Wenn Sie aber am Gesetz so zweifeln und sich sogar Chancen für einen Erfolg ausrechnen, warum warten sie das Urteil des Gerichtes nicht ab und beenden die Verhandlungen mit der Landrätin?*
Beyer: Erstens würden wir in jedem Fall über eine engere Zusammenarbeit verhandeln, zweitens würde sonst bis zum 4. September überhaupt keine Zeit für ordentliche Verhandlungen bleiben. Und drittens sind wir per Gesetz zu Verhandlungen verpflichtet.

LN: *Frau Hesse, wie können Sie sich mit einem Partner an einen Tischen setzen, der den neuen Großkreis gar nicht will?*
Hesse: Ich akzeptiere die Klage von Wismar. Die Verhandlungen haben aber gezeigt, dass wir viel Potential in der Zusammenarbeit haben. Und dieses wollen wir unabhängig von der Reform auch nutzen. Wir begreifen uns als Region und in dieser müssen wir zukünftig auch gemeinsam unsere Stärken weiter ausbauen. Dazu bedarf es keiner Kreisgebietsreform.

LN: *Was ist, wenn das Landesverfassungsgericht die Kreisgebietsreform erneut kippt?*
Beyer: Letztlich geht es doch darum, die Zentren in unserem Land zu stärken und zwar alle! Ich bin nach wie vor der Auffassung, dass von den Städten unverzichtbare Impulse für die Entwicklung von Mecklenburg-Vorpommern ausgehen. Sie dürfen nicht geschwächt werden. Wenn das Gerichtsurteil dem Rechnung trägt, können wir zufrieden sein. Unabhängig davon würden wir unseren Kurs, für unsere Bürger weitere Kooperationen zu erschließen, fortsetzen.
Hesse: Wir haben uns darauf verständigt, auch ohne die Reform die bereits bestehende vielfältige Zusammenarbeit noch weiter auszubauen. Ein Beispiel dafür ist die Ausländerbehörde. Die Verträge werden dem entsprechende vorbereitet.

LN: *Wer sitzt im neuen Kreistag?*
Hesse: Im neuen Kreistag sitzen alle gewählten Mitglieder aus dem gesamten neuen Kreisgebiet, also aus Nordwestmecklenburg und Wismar. Insgesamt werden es 61 Kreistagsmitglieder sein.

LN: *Wo tagt der neue Kreistag?*
Hesse: In der Malzfabrik haben wir einen gut ausgebauten und ausgestatteten Kreistagssaal und in Wismar haben wir noch keine vergleichbare Räumlichkeit gefunden. Sodass ich mir gut vorstellen kann, dass der Kreistag zunächst noch in Grevesmühlen tagt, solange bis wir auch in Wismar einen geeigneten Raum gefunden haben. Möglich wäre perspektivisch, im Wechsel zu tagen. Das alles muss aber der neue Kreistag entscheiden.

LN: *Was passiert mit der Bürgerschaft und den Ausschüssen?*
Beyer: Die Wismarer Bürgerschaft mit ihren Ausschüssen wird natürlich nach wie vor die wesentlichen politischen Entscheidungen für unsere Stadt zu treffen haben. Allerdings nur noch in den Aufgabenbereichen, für die die Hansestadt Wismar nach der Reform noch die Zuständigkeit besitzt. Außerdem wird eine Reduzierung der Aufgaben wahrscheinlich auch eine Verringerung der Anzahl der Ausschüsse zur Folge haben.

Kritisch ist anzumerken, dass es sich bei der Kreisgebietsreform um einen isolierten Neuzuschnitt von Kreisen handelt, ohne dass nennenswerte Aufgaben neu zugeordnet werden.“

Nordwestmecklenburgs Landrätin Birgit Hesse

LN: *Was kostet die Reform?*
Beyer: Das ist schwer zu sagen. Fakt ist, dass zum Beispiel Teile der beiden Verwaltungen zusammengeführt werden und umziehen müssen. Dann muss es eine neue IT-Anbindung geben. Zusätzlich schreibt das Gesetz vor, dass mit der Übertragung von Aufgaben auch das damit verbundene Vermögen wie zum Beispiel Immobilien übergeht. Dafür müssen Ausgleichszahlungen fließen.

LN: *Wer trägt die Kosten?*
Hesse: Die Kosten haben der alte und neue Kreis zu tragen.

LN: *Woher kommt das Geld?*
Hesse: Das Land stellt uns eine Anschubfinanzierung in Höhe von zwei Millionen Euro im Jahr 2013 zur Verfügung. Alle Kosten, die darüber hinausgehen, wie vor allem der angemessene Wertausgleich bei Gebäudeübertragungen, hat der neue Kreis zu tragen.

LN: *Wird es bei der Vermögensauseinandersetzung wie auf einem Basar zugehen?*
Beyer: Nein! Das Innenministerium erarbeitet hierfür einen Leitfaden, nach dem wir uns richten werden.

LN: *Welche Immobilien sollen den Eigentümer wechseln?*
Beyer: Zu aller erst wären das die Schulen. Allerdings möchten wir gern einzelne Schulgebäude, wie die Gymnasien und die Integrierte Gesamtschule, in Trägerschaft behalten. Zu klären sind aber noch die Konditionen.

LN: *Was passiert mit dem Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und mit der Abfallentsorgung?*
Beyer: Nach dem Gesetz sollen beide Bereiche an den Landkreis übergehen. Die Abfallentsorgung wollen wir aber in Wismar behalten, den ÖPNV werden wir hingegen wohl an den Landkreis abgeben müssen.

LN: *Warum?*
Beyer: Das ist das Ergebnis der Verhandlung zwischen zwei Partnern mit jeweils eigenen Interessen. Natürlich kann unser EVB beides und das in hoher Qualität. Allerdings besitzt der Landkreis über seine gesamte Fläche ein ausgebautes Netz, in das der Wismarer Teil des ÖPNV integriert werden kann. Außerdem würde es Wismar ab 2015 schwer haben, bei der Konzessionserteilung für die Buslinien berücksichtigt zu werden. In der Frage der Abfallentsorgung sollen die Wismarer allerdings schon direkt mitbestimmen.

LN: *Frau Hesse, wie stehen Sie zu dieser Positionierung von Wismar?*
Hesse: Wir könnten dem grundsätzlich zustimmen, da unser Abfallwirtschaftsbetrieb gänzlich anders strukturiert ist als in Wismar. Ein Zusammenführen ist ausgesprochen schwierig und aus unserer Sicht nicht kostengünstiger. Für den ÖPNV besteht grundsätzlicher Regelungsbedarf, worüber sich alle Beteiligten auch einig sind. Insofern macht eine Zusammenführung auch Sinn.

LN: *Was ändert sich für die Schulen?*
Hesse: Per Gesetz wechselt die Schulträgerschaft für die Berufsschule, die Gymnasien und die Förderschule auf den neuen Kreis. Die Schulentwicklungsplanung wird zukünftig im eigenen Wirkungskreis aufgestellt, das heißt, der Kreistag entscheidet.

LN: *Und für die Träger von sozialen Einrichtungen und für die Vereine sowie Verbände?*
Hesse: Das Jugend- und Sozialamt wird zukünftig alleinige Aufgabe des neuen Landkreises sein. Damit ändern sich zum Teil auch die Zuständigkeiten für die Vereine und Verbände, wenn es sich um finanzielle Leistungen des Kreises handelt. Wir sind aber bestrebt, bestehende Strukturen wie Ansprechpartner zu erhalten. Entscheidend wird aber sein, wie viel Haushaltsmittel tatsächlich ab 2012 zur Verfügung stehen.

LN: *Benötigen Sie in Zukunft die gleiche Anzahl von Mitarbeitern?*
Hesse: Wir haben in der Kreisverwaltung seit 2000 einen erheblichen Personalabbau in Höhe von 160 Stellen vorgenommen, unser Personalentwicklungskonzept stetig fortgeschrieben und einer harten Aufgabenkritik unterzogen, sodass ich für meine Kreisverwaltung sagen kann, mehr Abbau ist bei gleichbleibender Aufgabenerfüllung nicht möglich. Aber durch die Bildung einer neuen Verwaltung mit dem Personal von Wismar müssen wir neue Konzeptionen auf den Weg bringen. Denn letztendlich sind wir es dem Bürger schuldig, eine schlanke und leistungsfähige Verwaltung vorzuhalten.
Beyer: Auch wir haben in der Vergangenheit unseren Personalstamm erheblich reduziert. Teilweise so stark, dass wir an den Rand dessen gekommen sind, was unsere Mitarbeiter leisten können. Von diesem Ausgangspunkt muss sich auch die Kreisverwaltung einer ständigen Aufgaben- und Prozesskritik unterziehen. Oberstes Ziel muss es auch zukünftig sein, bürgerfreundlich und effizient arbeiten zu können.

LN: *Angesicht der Herkulesaufgaben, die Ihnen noch bevorstehen werden, können Sie sich überhaupt noch freuen?*
Hesse: Ich bin mir sicher, dass wir die Aufgabe gemeinsam bewältigen werden, und ich freue mich darüber, dass der Landkreis und die Hansestadt Wismar bei diesem Prozess enger zusammengerückt sind.
Beyer: Das Gesetz lässt uns mit vielen Problemen allein. Wie sehr, dass bemerken wir bei den gemeinsamen Gesprächen am Verhandlungstisch jetzt umso öfter. Dennoch haben Wismarer und Nordwestmecklenburger weitere Ansätze entwickelt, zukünftig noch besser für unsere Bürger da zu sein. Das ist positiv und darüber freue ich mich.



Das Interview mit Landrätin Birgit Hesse und Wismars Bürgermeister Thomas Beyer (rechts) führte Peter Preuß (links), Leiter der Lokalredaktion Wismar der Ostsee-Zeitung. Die Lübecker Nachrichten übernehmen es in leicht gekürzter Fassung. Foto: Sven Asmus